



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Herr Krämer

Telefon: (0221) 221-23820

Fax: (0221) 221-26500

E-Mail: Thomas.Kraemer@Stadt-koeln.de

Datum: 01.09.2021

Beschlussprotokoll

über die **05 Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 31.08.2021, 17:00 Uhr bis 18:54 Uhr, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung sachkundiger Einwohner

Herr Nowak wurde als sachkundiger Einwohner im Gesundheitsausschuss verpflichtet.

1 Mündlicher Bericht über den aktuellen Sachstand zur SARS-CoV-2-Pandemie

Die mündlichen Berichte zur aktuellen Corona-Lage von Herrn Beigeordneten Dr. Rau, dem Leiter des Gesundheitsamtes, Herrn Dr. Nießen und dem Leiter der Berufsfeuerwehr Köln, Herrn Dr. Miller wurden zur Kenntnis genommen.

2 Gleichstellungsrelevante Themen

2.1 2. Coronabericht - Auswirkungen auf die Gleichstellung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen 1995/2021

Zur Kenntnis genommen.

3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3.1 Wie können wir den Bedarf an Sexualpädagogik für Jungen und junge Männer decken? Anfrage der SPD-Fraktion AN/1132/2021

Zurückgestellt.

Die Beantwortung der Anfrage vom 26.05.2021 durch die Verwaltung steht aus.

3.2 Überprüfung von Auftragsvergaben im Zusammenhang mit der Pandemie
Anfrage der Fraktion Die Linke
AN/1087/2021

Die Beantwortung der Anfrage liegt vor (Vorlage 2187/2021).

Beantwortung der Anfrage: Überprüfung von Auftragsvergaben im Zusammenhang mit der Pandemie
2187/2021

Zur Kenntnis genommen.

3.3 Beantwortung mündlicher Nachfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 08.06.2021 zum Bericht zu Sexarbeit und spezifischen Hilfsangeboten für Sexarbeitende in Köln (Vorlage 1347/2021)
2351/2021

Zur Kenntnis genommen.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Zukunft der Kinderkrankenpflege
gemeinsame Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion
AN/1556/2021

Zurückgestellt.

Die Beantwortung der Anfrage vom 30.07.2021 durch die Verwaltung steht aus.

4.2 Anfrage der SVK: Welche Auswirkungen hat das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes, dass für 24-Stunden-Kräfte der Mindestlohn sowohl während der Arbeitszeit als auch der Bereitschaftszeit gezahlt werden muss.

Zurückgestellt.

Die Beantwortung der Anfrage vom 26.07.2021 durch die Verwaltung steht aus.

4.3 Ct – Werte bei PCR Testungen
Anfrage der AfD-Fraktion vom 24.08.2021
AN/1746/2021

Die Beantwortung der Anfrage liegt vor (Vorlage 3049/2021).

am 31.08.2021

**Beantwortung der Anfrage AN/1746/2021 "Ct-Werte bei PCR Testungen"
der AfD-Fraktion
3049/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**4.4 Kölnberg: Bekämpfung der Rattenplage und sozialorientierte Wohnungspolitik
Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.08.2021
AN/1782/2021**

Zurückgestellt.

Die Beantwortung der Anfrage vom 26.08.2021 durch die Verwaltung steht aus.

**4.5 Umsetzung des sog. „Leuchtturm-Konzeptes“ in Köln
Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
26.08.2021
AN/1785/2021**

Zurückgestellt.

Die Beantwortung der Anfrage vom 26.08.2021 durch die Verwaltung steht aus.

**4.6 Impfungen von Obdachlosen, Wohnungslosen und Geflüchteten mit
Johnson & Johnson und aufsuchende medizinische Versorgung
Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.08.2021
AN/1781/2021**

Zurückgestellt.

Die Beantwortung der Anfrage vom 26.08.2021 durch die Verwaltung steht aus.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**5.1 Impfstrategie für Kinder und Jugendliche zum Schuljahresbeginn
2021/22 entwickeln!
Antrag der SPD-Fraktion
AN/1116/2021**

Vom Antragsteller zurückgezogen.

**5.2 Änderungsantrag zum Antrag „Impfstrategie für Kinder und Jugendliche
zum Schuljahresbeginn 2021/22 entwickeln!“ von der SPD -Fraktion, DS
AN/1116/2021 der Fraktion Die Linke
AN/1318/2021**

Durch die Rücknahme des Ursprungsantrags AN/1116/2021 durch den Antragsteller ist erledigt.

**5.3 Dringlichkeitsantrag von Frau Bastian (FDP) "Haus der psychischen Hilfen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre"
AN/1297/2021**

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss des Rates der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung auf die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein, die Kommunale Gesundheitskonferenz und die Landesregierung NRW zuzugehen, mit dem Ziel gemeinsam ein Konzept zur Errichtung eines Hauses der psychischen Hilfen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre jeweils für das rechts- und linksrheinische Köln zu entwickeln.

Hierbei gilt es, stationäre Notplätze, erste und schnelle Beratungsangebote sowie weiterführende Therapiemaßnahmen unter einem Dach zu vereinen und Abstimmungen mit Psychologen, Psychiatern, Kliniken, Beratungsstellen, Krankenkassen und Ärzten für erfolgreiche Therapien zu beschleunigen.

Im Rechtsrheinischen ist dafür als Pilotprojekt ein Standort in Porz zu prüfen. Das erarbeitete Konzept wird den Bezirksvertretungen sowie dem Jugendhilfeausschuss, dem Gesundheitsausschuss und dem Rat der Stadt Köln zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Dem geänderten Beschlusstext wurde einstimmig zugestimmt.

**5.4 Stellungnahme der Verwaltung zum Dringlichkeitsantrag der FDP "Haus der psychischen Hilfen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre" (AN/1297/2021)
2491/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**5.5 Verlässlichkeit im Präsenzunterricht
Antrag der FDP Fraktion
AN/1593/2021**

Wegen Beratungsbedarfs der Ausschussmitglieder zurückgestellt.

6 Beschlussvorlagen

6.1 Zukunftsweisende Vision für die Ausrichtung der Stadt Köln

Von der Verwaltung, wegen Änderung in der Beratungsfolge, von der Tagesordnung abgesetzt.

**6.2 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2021
2724/2021**

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses „Selbsthilfegruppen“ des Gesundheitsausschusses sowie des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren, im Haushaltsjahr 2021 die Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich gemäß der beigefügten Anlage, zu fördern. Mittel stehen im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung.

Die Restmittel werden der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln zur Unterstützung städtisch nicht geförderter, originärer Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt. Sie dienen der Förderung von Aktivitäten, die aufgrund der geringen Antragshöhe, einmaliger Förderanfrage, o. Ä. nicht vom Gesundheitsamt bezuschusst werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse, abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, zu bewilligen und auszuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

6.3 Mindeststandards zur Unterbringung und Betreuung Geflüchteter - Verlängerung Maßnahmen vom 01.01.2022 bis 31.12.2023 1491/2021

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Fortführung der Mindeststandard-Maßnahmen zur Unterbringung und Betreuung Geflüchteter bis 31.12.2023 in folgendem Umfang:

1. „Verbesserter Betreuungsschlüssel 1:60“ für bestimmte Einrichtungen (Leichtbauhallen und Standorte mit Kojenunterbringung und Gemeinschaftsverpflegung, soweit diese wieder belegt werden müssen).
2. Stärkung des Ehrenamtes:
 - 2.1) Finanzierung von 2 Stellen (2 x 0,5 und 4 x 0,25) in 2022 und 1,75 Stellen (2 x 0,5 und 3 x 0,25) in 2023 in bestimmten Einrichtungen mit Aufwendungen in 2022 in Höhe von 141.800 € und in 2023 in Höhe von 124.075 €.
 - 2.2) Beibehaltung der im Stellenplan 2018 unbefristet eingerichteten 9 x 0,5 Stellen in A10/EG 9c in den Bürgerämtern mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 361.600 €.
 - 2.3) Finanzierung von 13 x 0,5 Stellen für die Stärkung der standortübergreifenden Betreuung und Steuerung der ehrenamtlich Tätigen mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 513.249 €.

2.4) Ausbau und Pflege des digitalen Informationsportals von Wiku mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 12.200 €.

2.5) Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die administrative Unterstützung von Willkommensinitiativen mit jährlichen Aufwendungen von 70.000 €.

3. Medizinische Grundversorgung von Geflüchteten in verschiedenen Unterbringungsressourcen für Geflüchtete:

3.1) Finanzierung von 1,5 Stellen, angebunden beim DRK, zur Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung in großen Einrichtungen (Notaufnahmen/-unterkünften, z.Zt. nur in der Herkulesstraße) mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 106.350 €.

3.2) Beibehaltung der im Vorgriff auf den Stellenplan 2022 unbefristet eingerichteten 3,0 Stellen Gesundheits- und Krankenpfleger*innen, P7 TVöD, und 1,0 Stelle Hebamme, Bewertung E10 / P10 TVöD mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 252.700 €.

Die Finanzierung der unter 2) dargestellten Maßnahmen erfolgt vorbehaltlich der noch zu beschließenden Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022:

- aus Mitteln im Teilplan 1004 Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 15, Transferleistungen, für die unter Punkt 2.1) dargestellte Maßnahme. Das Dezernat für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.
- aus Mitteln im Teilplan 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Teilplanzeile 15 Transferleistungen – Zuschüsse, für die unter den Punkten 2.3-2.5) dargestellten Maßnahmen. Das Dezernat OB wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.
- aus Mitteln im Teilplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 15, Transferleistungen, für die unter Punkt 3.1) dargestellte Maßnahme. Das Dezernat für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

-

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 Änderung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)
1588/2021**

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat beschließt rückwirkend zum 01.01.2021 die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.
2. Der Rat beschließt rückwirkend zum 01.01.2021 die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrgebührensatzung) in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.5 Bedarfsfeststellung zur Ersatz- und Neubeschaffung von insgesamt 85 Standardrettungswagen und Abschluss eines Vier-Jahres-Rahmenliefervertrages
1455/2021**

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat stimmt den Änderungen des Fahrzeug Soll/Ist-Vergleiches zu, wodurch u.a. die Anzahl der für die technische Reserve vorgehaltenen Rettungswagen um vier erhöht wird.
2. Der Rat erkennt den dargestellten Bedarf zur Neu- bzw. Ersatzbeschaffung von 84 Standardrettungswagen sowie eines Rettungswagens mit reinem Elektroantrieb in Höhe von brutto 18.861.500 € innerhalb eines Zeitraums von vier Jahren an.
3. Der Rat stimmt dem Abschluss eines vierjährigen Rahmenliefervertrages mit festen Lieferterminen der jeweiligen Chargen zur Deckung des vorgenannten Bedarfs zu.
4. Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2021 die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 9.888.900 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2022 und 2024 (4.105.500 € in 2022 und 5.783.400 € in 2024) im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Teilplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 3703-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge. Außerdem beschließt der Rat im Haushaltsjahr 2021 überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4.902.800 € zu Lasten des Haushaltsjahres 2023 im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Teilplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 3703-0212-0-0100, Kraft-

fahrzeuge.

Die Deckung der überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung erfolgt durch eine in 2021 veranschlagte, aber nicht benötigte Verpflichtungsermächtigung im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze zu Lasten der Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen in Höhe von 4.902.800 € für 2023. Aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen werden die dort veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen nicht in voller Höhe benötigt.

Zur Ablösung der vorgenannten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 14.791.700 € sowie zur Finanzierung der für 2025 vorgesehenen Auszahlungen in Höhe von 4.069.800 € wurden im Rahmen des Hpl.Entwurfs 2022 ff. bzw. werden im Rahmen des Hpl.-Entwurfs 2023 (inkl. Mittelfristplanung) entsprechende Auszahlungsermächtigungen bei Finanzstelle 3703-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge in den Haushaltsjahren 2022 ff. eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Mitteilungen

7.1 Umsetzung des Projekts "Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe" 1663/2021

Zur Kenntnis genommen.

7.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO - "Fragen und Anregungen zum Ausbau von G 5" - AZ 84/21 S 2138/2021

Zur Kenntnis genommen.

7.3 Mitteilung zum Stand der Weiterentwicklung der niedrigschwelligen, ambulanten und offenen Kontakt- und Beratungsangebote in den Sozio-psychiatrischen Zentren (SPZ) 2198/2021

Zur Kenntnis genommen.

7.4 Jahresbericht 2020 der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln 2251/2021

Zur Kenntnis genommen.

7.5 Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Neumarkt und den Unterarbeitsgruppen 2414/2021

Zur Kenntnis genommen.

**7.6 Mitteilung zum Kölner Gesundheitswegweiser
2717/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**7.7 „Weiteres Vorgehen zur Verstetigung und zum Ausbau einer integrierten, strategischen Sozialplanung auf Basis der Erkenntnisse des Lebenslagenberichts“ – Umsetzung des Ratsbeschlusses 0615/2020 vom 24.06.2021
2729/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**7.8 Refinanzierung der Ausbildung von Notfallsanitäter*innen durch die Leistungserbringenden im Rettungsdienst Köln
2418/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**7.9 Beantwortung einer Anfrage Auswirkungen des Unwetters auf Köln, hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion zur Sitzung des Hauptausschusses am 23.08.2021,
AN/1561/2021
2911/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**7.10 33. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
3069/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**7.11 Impfung von durch die Stadt Köln untergebrachten Geflüchteten
2461/2021**

Zur Kenntnis genommen.

8 Mündliche Anfragen